



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Frau Bonnemann

Telefon: (0221) 221 29661

Fax: (0221) 221 29166

E-Mail: Susanne.Bonnemann@Stadt-Koeln.de

Datum: 22.05.2017

Niederschrift

über die **11. Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 31.01.2017, 17:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Beigeordneter für Soziales, Integration und Umwelt

Stimmberechtigte Mitglieder

Kathrin Balke

Jugendzentrum anyway

Frau Monika Borth

KLuST e.V.

Frau Sophie Sängler

TX Köln

Herr Jochen Saurenbach

Rheinfetisch e.V.

Herr Michael Schuhmacher

Aidshilfe Köln e.V.

Herr Alf Bernd Spröde

Vöklinger Krei e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Joerg Altenrath

KLuST e.V.

Herr Dirk Bachhausen

St. Sebastianus und Afra Schützenbruderschaft v 2012 e.V.

Frau Carolina Brauckmann

Rubicon e.V.

Beratende Mitglieder

Herr Jörg van Geffen

SPD

Herr Christoph Klausung

CDU

Frau Svenja Rabenstein

GRÜNE

Herr Bürgermeister Andreas Wolter

GRÜNE

Herr Ulrich Breite

FDP

Schritfführerin

Frau Susanne Bonnemann Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3)

Verwaltung

Frau Nina Rehberg Verwaltung - Diversity (5001)
Herr Josef Ludwig Amt für Wohnungswesen
Frau Astrid Schüßler Gebäudewirtschaft
Frau Ute Dreiocker Büro der Oberbürgermeisterin - Internationale Angelegenheiten (OB/5)
Frau Maike Schwarz Amt für Personal, Innovation und Organisation
Frau Dr. Katrin Baumhauer Gesundheitsamt

Gäste

Herr Willi Kutsch Centrum Schwule Geschichte e.V.
Frau Ina Wolf Rainbow Refugees Cologne
Frau Maren Wuch Dyke March Cologne

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Björn Blank SC Janus e.V.
Frau Dr. Beate Blatz Rubicon e.V.
Herr Marco Malavasi LSVD Ortsverband Köln e.V

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr James Barthel KLuST e.V.
Herr Stephan Claasen HomoKlüngel e.V.
Herr Thilo Fußlen Aidshilfe Köln e.V.
Frau Pia Gleditzsch TX Köln
Herr Harald Hennicken Rheinfetisch e.V.
Herr Armin Lohrmann SC Janus e.V.
Frau Nicole Sperrmann Jugendzentrum anyway

Beratende Mitglieder

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes SPD
Herr Niklas Kienitz CDU
Frau Güldane Tokyürek DIE LINKE
Frau Gesine Ahlzweig auf Vorschlag von DIE LINKE

Verwaltung

| | |
|----------------------------|---|
| Herr Christian Rahmfeld | Diversity - Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender (5001/3) |
| Herr Frieder Wolf | Büro der Oberbürgermeisterin (OB/5) |
| Herr Franco Prandi | Amt für Personal, Organisation und Innovation (111-2) |
| Herr Stephan Jacobs | E-Government und Online-Dienste (1300-2) |
| Frau Monika Blättermann | Dezernat III |
| Herr Bernd Götting | Amt für öffentliche Ordnung (321) |
| Frau Barbara Steinraths | Amt für Soziales und Senioren (501) |
| Frau Inge Steinbach | Amt für Kinder, Jugend und Familie (512-5-1) |
| Herr Klaus-Peter Völlmecke | Amt für Kinder, Jugend und Familie (511) |
| Dr. Anne Bunte | Gesundheitsamt (53) |
| Herr Jürgen Kube | Amt für Wohnungswesen (56) |

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 4 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
- 4.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG)
 - 4.1.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den Reihen 16“
4220/2016
 - 4.1.2 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den Reihen 16“
0304/2017

4.2 Aktionsplan LSBTI
hier: Sachstandsbericht

4.3 Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor"
hier: Sachstandsbericht

4.4 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017
0140/2017

5 Geflüchtete und LSBTI

5.1 Pressemitteilung zu Unterkünften für LGBTI-Geflüchtete
0148/2017

5.2 Prävention und Information

5.3 Organisation der Betreuung und Zuständigkeiten

5.4 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards
für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
0118/2017

6 Dialog mit der Polizei zu LSBTI-Themen

6.1 Antrag "Dialog mit der Polizei" der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG
LST

7 Diversity

8 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

9 Einladung von Partnerstädten zum CSD

9.1 Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe "Austausch zum CSD 2017"

10 Trans*

10.1 Schwimmzeiten für Trans*

11 Berichte aus Ausschüssen

12 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

13 Anfragen/Anträge

14 Öffentlichkeitsarbeit

**15 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und
Transgender**

16 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Der Vorsitzende Beigeordneter Herr Dr. Rau begrüßt die Anwesenden.

1.1 Verpflichtung neuer Mitglieder

Hinweis: Durch das verspätete Eintreffen von Herrn Bachhausen wurde dieser TOP erst nach TOP 5 behandelt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau gibt bekannt, dass für den Schützenverein St. Sebastianus und Afra von nun an Herr Dirk Bachhausen als Nachfolger von Herrn Dirk Lankow an den Sitzungen der StadtAG LST teilnehme.

Es erfolgt die Verpflichtung in das Ehrenamt und die Verpflichtung zur Verschwiegenheit.

Beigeordneter Herr Dr. Rau begrüßt Herrn Bachhausen als neues Mitglied in diesem Gremium.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Beigeordneter Herr Dr. Rau schlägt eine Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung vor. Er regt an TOP 5 „Geflüchtete und LSBTI“ vorzuziehen, damit Herr Ludwig rechtzeitig zu seinem nächsten Termin erscheinen kann, und TOP 5.2 und TOP 5.3 zusammenzufassen.

RM Herr Breite merkt an, dass in seinen Ausdruck der Tagesordnung das Thema „Geflüchtete und LSBTI“ unter TOP 6 laufe und bittet darum, die Bezifferung der TOPs nicht nachträglich zu ändern.

Beigeordneter Herr Dr. Rau nimmt auf, dass die Bezifferung der Tagesordnung konstant bleiben muss.

Beigeordneter Herr Dr. Rau lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Diese wird einstimmig beschlossen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es zur Niederschrift der letzten Sitzung vom 15.12. 2016 Anmerkungen oder Rückfragen gebe.

Herr Schuhmacher erkundigt sich, ob es möglich wäre, die Niederschrift erst in der nächsten Sitzung zu verabschieden. Da sie erst gestern verschickt worden sei, hätte er gerne zum Lesen der Niederschrift etwas mehr Zeit.

Beigeordneter Herr Dr. Rau schlägt vor, die Niederschrift erst bei der nächsten Sitzung zu verabschieden.

Über diesen Vorschlag besteht Einvernehmen.

3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

4 Sachstandsberichte und Mitteilungen

4.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG)

Frau Schüßler berichtet, dass Herr Kutsch vom CSG, der hier heute auch als Gast anwesend sei, in den letzten Wochen zwei Objekte besichtigt habe. Das eine Objekt in der Lessingstraße 4 in Ehrenfeld sei zwar sehr schön, aber leider zu klein. Das andere Objekt, die Aachener Str. 443 sei zu baufällig. Damit kämen beide Immobilien nicht in Frage. Es werde aber weiter gesucht.

Herr Kutsch bedankt sich bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die beiden Angebote und die damit verbundenen Besichtigungstermine. Er berichtet, dass einige Archivalien bereits vernichtet werden mussten und dass die Gefahr bestehe, dass einige elektrische Geräte bald unbrauchbar werden würden.

Frau Brauckmann erinnert daran, dass es bereits mehrfach in der StadtAG den Hinweis auf ein Objekt in der Palmbergstraße 24, dem ehemaligen Kinderkrankenhaus, in Weidenpesch gab. Sie würde gerne wissen, ob der Möglichkeit einer Zwischennutzung für diese Immobilie nachgegangen worden sei.

Herr Saurenbach unterstützt die Nachfrage von Frau Brauckmann.

Herr Ludwig erklärt, dass er hier Wasser in den Wein gießen müsse. In dem ehemaligen Kinderkrankenhaus seien sehr viele Räume mit Schimmel befallen und daher nicht nutzbar. Ein Teil der nutzbaren Räume sei an einen Galeristen vermietet, der diese Räume auch nutze. Seine erste Schwierigkeit wäre, diesen bestehenden Mietvertrag mit dem Galeristen aufheben zu müssen, denn normalerweise sei er vertragstreu. Die zweite Schwierigkeit sei, dass die Fläche bereits kurz vor der Umstrukturierung stehe und er davon ausgehe, dass in relativ kurzer Zeit an dieser Stelle gebaut werde, da bereits Gespräche mit Wohnungsunternehmen laufen.

Frau Brauckmann fragt nach, ob es in diesem riesigen Gebäudekomplex keine weiteren Räume zur Zwischennutzung gebe oder ob alle anderen Räumlichkeiten bereits so verrottet seien, dass sie nicht mehr genutzt werden können.

Herr Ludwig bestätigt, dass alle anderen Räume verrottet oder für Archivgut ungeeignet seien, da der Komplex seit über 15 Jahren leer stehe. Herr Ludwig erklärt, dass er eine Vielzahl an Objekten, nicht nur zur Flüchtlingsunterbringung, in seiner Verwaltung habe. Er bietet Herrn Kutsch an, seine Mitarbeiter zu befragen, ob unter diesen Objekten eins dabei sei, das den Bedarfen des Centrums für Schwule Geschichte für sein Archivgut gerecht werden könne – was sowohl die Größe als auch die klimatischen Bedingungen betreffe.

Herr Kutsch bedankt sich für das Angebot und das Entgegenkommen der Stadtverwaltung. Er weist darauf hin, dass es sich bei dem CSG-Archiv um ein Privatarchiv handle und der Verein selber für die die nötigen klimatischen Bedingungen für das Archivgut sorgen könne.

4.1.1 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den Reihen 16“

4220/2016

Hinweis: TOP 4.1.1 und TOP 4.1.2 werden zusammen unter TOP 4.1 behandelt.

4.1.2 Archivgut des Centrums für Schwule Geschichte (CSG) in den Räumlichkeiten „In den Reihen 16“

0304/2017

Hinweis: TOP 4.1.1 und TOP 4.1.2 werden zusammen unter TOP 4.1 behandelt.

4.2 Aktionsplan LSBTI hier: Sachstandsbericht

Frau Rehberg berichtet, dass man sich immer noch im Vergabeverfahren befinde, was die Ausschreibung für die Moderation des Aktionsplans betrifft. Von daher könne Näheres leider noch nicht berichtet werden.

4.3 Studie "LSBTI als wirtschaftlicher Standortfaktor" hier: Sachstandsbericht

Frau Rehberg berichtet, dass der Vergabeprozess diese Woche abgeschlossen wurde. Das Institut Wenzel Marktforschung aus Wuppertal habe damit die Auftragserteilung bekommen. In den nächsten Wochen werde es als Kick-Off einen Workshop mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe der StadtAG LST, der Fachstelle LST und Herrn Dr. Wenzel geben, um abzuklären, was wie abgefragt werden solle.

Herr Spröde bemängelt nicht nur die fehlende Transparenz im Auswahlverfahren und bei der Bestimmung der Auswahlkriterien, sondern auch die Tatsache, dass mehrere geplante Treffen der Arbeitsgruppe kurzfristig abgesagt wurden. Er sehe seine Expertise auf Eis gelegt. Des Weiteren berichtet er, dass er - weil er Herrn Wenzel persönlich kenne - bereits Tage vor der offiziellen Auftragserteilung, vom Ausgang des Vergabeverfahrens erfahren habe. Da die anderen Mitbewerber, die er teilweise auch persönlich kenne und vorgeschlagen habe, zu diesem Zeitpunkt noch keine Absage erhalten hatten, sei er mehrere Tage lang in die unangenehme Lage versetzt worden, deren Nachfragen nach dem Stand des Vergabeverfahrens nicht wahrheitsgemäß beantworten zu können. Unter diesen Bedingungen möchte er seinen Namen nicht weiter in Verbindung mit dieser Sache gebracht haben.

Frau Rehberg erklärt, dass das Auswahlverfahren in enger Absprache mit dem Vergabeamt der Stadt gelaufen sei. Für die Fachstelle sei es die erste Vergabe für so eine hohe Summe gewesen. Entsprechende Kriterien wurden mit dem Vergabeamt abgeklärt. Letztendlich sei das kostengünstigste Angebot ausgewählt worden. Ergänzend bestätigt Frau Rehberg, dass Herr Wenzel selbst vom Ausgang des Vergabeverfahrens bereits vor zwei Wochen erfahren habe. Doch bevor es zum Vertragsschluss mit Herrn Wenzel kommen konnte, habe er der Fachstelle erst noch ein Formular, genauer gesagt die Verpflichtungserklärung nach dem Tarif-treue- und Vergabegesetz NRW, ausgefüllt zurückschicken müssen. Aus diesem Grunde habe man die Absagen an die Mitbewerber auch erst heute, nach Erhalt dieses Formulars, losschicken können. Sie könne nachvollziehen, dass dies sich misslich anhöre, aber in dieser Situation sei kein anderes Vorgehen möglich gewesen.

Herr Spröde kritisiert erneut die mangelnde Transparenz gegenüber der Arbeitsgruppe. Es wäre wünschenswert gewesen, die Arbeitsgruppe direkt zu informieren.

Frau Rehberg erklärt, dass sie die Kritik mitnehme.

4.4 Mal- und Fotowettbewerb zur Rainbow-Cities-Ausstellung 2017

0140/2017

Frau Rehberg erläutert, dass es auch in diesem Jahr eine Ausstellung der Mitgliedsstädte des Rainbow-Cities Netzwerks geben wird. Die Stadt Köln möchte zu dem diesjährigen Motto "Regenbogenfamilien" ein Bild einreichen, was von Kindern oder Jugendlichen gemalt wurde. Flyer für diesen Mal- und Fotowettbewerb liegen im Sitzungssaal aus. Alle Mitglieder der StadtAG werden gebeten Flyer zum Verteilen an Kinder und Jugendliche mitzunehmen. An verschiedenen Schulen liege der Flyer bereits aus. Gerne könne die Aktion auch online mit der PDF Version des Flyers beworben werden.

Beigeordneter Herr Dr. Rau ergänzt, dass der Flyer ihm gut gefällt. Er fragt, ob es noch Fragen oder Anmerkungen gebe.

Dies ist nicht der Fall.

5 Geflüchtete und LSBTI

Hinweis: TOP 5 wird vereinbarungsgemäß vorgezogen und nach TOP 3 behandelt.

5.1 Pressemitteilung zu Unterkünften für LGBTI-Geflüchtete

0148/2017

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es zu dieser Pressemitteilung Rückfragen gibt.

Es liegen keine Rückfragen vor.

5.2 Prävention und Information

Hinweis: TOP 5.2 wird vereinbarungsgemäß gemeinsam mit TOP 5.3 behandelt.

5.3 Organisation der Betreuung und Zuständigkeiten

Herr Ludwig berichtet, dass Mitte Januar, während seines Urlaubs sein Amt ein Schreiben von rubicon e.V. und Aidshilfe Köln e.V. erreicht habe, mit der Bitte den bereits bestehenden Arbeitskreis um Themen zu erweitern, die seine Kollegen im Amt für Soziales und Senioren und im Gesundheitsamt betreffen. Durch seinen Urlaub habe er bis heute noch nicht antworten können. Morgen werde es zusammen mit Herrn Beigeordnetem Rau und mit Frau Rehberg eine Vorbesprechung geben. Danach werde man relativ zeitnah mit einem Terminvorschlag auf rubicon e.V. und Aidshilfe Köln e.V. zukommen. Der Arbeitskreis werde erweitert, auch um weitere Themen. Er glaube, man sei auf einem guten Weg. In dem Schreiben sei außerdem angeklungen, dass bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Schulungsbedarf für LSBTI-Geflüchtete bestehe. Dem sei so. Aus diesem Grund gebe es am 16.02.2017 im rubicon e.V. ein Treffen mit Frau Dr. Blatz und weiteren Mitarbeitenden. Dort solle erörtert werden, wie die Angebote des rubicon e.V. für seine Mitarbeiterschaft angepasst werden können.

Herr Schuhmacher erläutert, dass der Brief auch vor dem Hintergrund geschrieben worden sei, dass bei den verschiedenen Trägern zusätzliche Landesmittel angekommen seien. Der erweiterte Dialog zwischen dem Wohnungsamt und anderen zuständigen Ämtern der Stadt Köln sowie den Trägern, die in dem Bereich Angebote stellen, werde gesucht, um abzuklären,

wie mit den unterschiedlichen Ressourcen vernünftige Lösungen gefunden werden können, die allen nützen.

Herr Ludwig erklärt, dass er den Brief auch so verstanden habe. Er sei mit dem Vorschlag einverstanden. Es gebe einen Dialog der erweitert werden müsse, um weitere Träger und Ämter dieser Stadtverwaltung. Die Erfahrung der nächsten Treffen werde zeigen, in welchem Rahmen dieser Kreis dann arbeitsfähig sei.

5.4 Beschluss des Rates in seiner Sitzung vom 20.12.2016 zu Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten

0118/2017

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass dieser Beschluss zur Kenntnis zu nehmen sei und fragt, ob es Anmerkungen oder Rückfragen gebe.

Herr Ludwig erläutert, dass er ergänzend erwähnen möchte, sich auf Grund des Ratsbeschlusses eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Hans Oster und ihm gebildet habe. In dieser Arbeitsgruppe, die sich vornehmlich mit der Stärkung des Ehrenamtes befasse, kämen Träger, Willkommensinitiativen und Verwaltung zusammen. Er sei gespannt, ob sich der Arbeitsauftrag so sauber abarbeiten lasse, dass im März schon ein Vorschlag formuliert werden könne. Zurzeit gehe es um eine Bestandsaufnahme des Ehrenamtes in der Stadt. Anhand dieser Bestandsaufnahme werde dann zusammen mit den Akteuren überlegt werden, wo eine Stärkung des Ehrenamtes sinnvoll sei. Drei Säulen gebe es dabei in der Diskussion: die Stärkung der Bezirke, eine Stärkung der Ehrenamtskoordination bei den von der Stadt beauftragten Trägern und eine bessere Verzahnung hauptamtlicher Ehrenamtskoordination mit den Willkommensinitiativen. Die Diskussion sei geprägt von Bedarfen und Wünschen und natürlich auch von haushaltsplanmäßigen Beschränkungen. Er sei hoffnungsvoll, dass im März eine erste Vorlage in den Rat gegeben werden könne. Genauso wisse man aber, dass es mit einer einmaligen Vorlage nicht getan sei. Es handele sich um einen lebenden Prozess: neue Initiativen entstünden, neue Bedarfe entstehen.

Es liegen keine Rückfragen vor. Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6 Dialog mit der Polizei zu LSBTI-Themen

6.1 Antrag "Dialog mit der Polizei" der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es zum vorliegenden Antrag Aussprachebedarf gibt.

RM Herr Breite erinnert daran, dass - laut Protokoll vom 24.09.2007 - das gleiche Thema bereits vor 10 Jahren in der StadtAG auf der Tagesordnung stand (in der Sitzung vom 07.08.2007). Von den jetzt Anwesenden sei Frau Carolina Brauckmann bereits mit dabei gewesen. Michael Schuhmacher sei in der Sitzung durch Sabine Arnolds vertreten worden. Ergänzend sei zu erwähnen, dass damals auch noch mehr Mitglieder der Verwaltung an den Sitzungen der StadtAG LST teilgenommen hätten. Für die Polizei sei Frau Maren Leisner als ständige Vertreterin Teil der StadtAG gewesen. Damals habe es, laut Protokoll, bei der Polizei einen eigenen Ansprechpartner für schwul/lesbische Belange gegeben: den Opferschutzbeauftragten, Herrn Werner Adamek. Man habe damals aber feststellen müssen, dass die Polizei nicht viel Ahnung gehabt hätte. So hätte die Polizei die Altstadt für den Treffpunkt der Homosexuellen gehalten; die Schaafenstraße sei Ihnen nicht bekannt gewesen. Ebenso wenig die Probleme, die es auf den Ringen gab.

Jetzt sei dies 10 Jahre her und vor ein paar Tagen habe es, wie Herr Dr. Rau ja sicher auch in der Zeitung gelesen habe, einen Messerangriff in der Schaafenstraße gegeben. Dies sei nicht

der einzige Vorfall gewesen. Bereits vor Weihnachten habe es dort schlimme Zusammenstöße gegeben, obwohl dieser Ort ja eigentlich ein Schutzraum sein sollte. Aus diesem Grund sei er der StadtAG dankbar, dass sie das Thema nach 10 Jahren nochmal aufgreift. Er halte den Antrag für sehr wichtig, auch weil noch andere Bereiche angeschaut werden sollen. Er frage sich allerdings, ob für das wichtige Thema „Schwule, Lesben und Transgender in Haft“ nicht die Polizei sondern andere als Ansprechpartner zuständig seien.

Herr Schuhmacher weist darauf hin, dass es in der Vorlage nicht nur um gezielte Kriminalität gehe, wie das Beispiel Schaafenstraße zeige. Es gehe um alle Arten homophober Gewalt, die eben in den meisten Fällen von der Polizei gar nicht dokumentiert werde, weil es im Formular kein Kreuzchen für diese Kategorie gebe. Teilweise könne er die Gründe dafür verstehen, besonders mit Blick auf die alte „Rosa Listen“-Diskussion. Es gebe mittlerweile auch Strukturen in Köln und auch auf Landesebene; es passiere inzwischen schon eine Menge. So gebe es auf Landesebene z.B. auch Fortbildungen bei der Polizei zu dem Thema. Und jetzt sei mit dem Antrag ein Dialog in Gang zu setzen zwischen den Beteiligten. Und das könne auch gerne mit den Zuständigen der JVA sein. Zum Beispiel beim Thema Trans*: wenn eine Person als Transmann oder Transfrau in der JVA sei, entscheide im Moment ein Arzt, ob diese Person auf die Frauen- oder Männerstation komme – ähnlich wie in Krankenhäusern. Er glaube, dass es da Optimierungsmöglichkeiten gebe: Es sei zu prüfen, wer die Entscheidung treffe, wie dies hinterlegt werde und wie gut ist der Wissensstand der Menschen, die darüber entscheiden, sei. So gebe es eine Vielzahl von Themen. Die Beteiligten der StadtAG, die diesen Antrag vorbereitet haben, glauben, dass ein regelmäßiger Austausch aller Beteiligten mit dem Ziel die Situation zu verbessern möglicherweise der langfristig wirksame Weg sei.

Es stimme auch, dass es einen Teil der Strukturen, die es mal gab, nicht mehr gebe. Es gebe keine Ansprechpartner mehr. Es gebe auch auf der Homepage der Polizei keine erkennbaren Ansprechpartner. Es gebe zwar Opferschutzbeauftragte für die ganze Stadt, die auch für Lesben, Schwule, Trans* zuständig seien; das sei jetzt nochmal festgelegt worden. Aber dies sei von außen für keinen Menschen erkennbar. Deswegen seien in der Aufzählung der notwendig Beteiligten, bei der sicher auch noch welche fehlen, unterschiedliche Ebenen angesprochen. Es fange an beim Innenministerium, weil ein Teil der Polizei sage: sie können nicht, weil sie nicht dürfen, denn das Innenministerium sei zuständig. Dann gebe es einen Teil, für den der Staatsschutz zuständig sei. Und dann gebe es die Kriminalpolizei, die keine Daten habe, weil die Zahlen das nicht hergeben. Aber dies könne nicht das Argument sein, sich dem Thema nicht nochmal nähern. Dies sei mit dem Innenministerium zu diskutieren. Denn aus der Polizeistatistik ließen sich nicht besonders große oder gar keine relevanten Zahlen ableiten. So sei der Einwand häufig, „naja für die paar Menschen“, da gebe es andere Themen, die zu bearbeiten seien. Dem könne man entgegensetzen, dass die Initiativen, die Beratungsangebote für Opfer von homophober Gewalt anbieten, wissen, dass die Dunkelziffer groß sei.

Er habe die Hoffnung, dass man jetzt den Diskurs beginnen könne. Die Bereitschaft zum Dialog sei aus der StadtAG einzufordern. Und der Überfall in der Schaafenstraße sei sicher ein Beispiel hinzugucken, wie Prävention laufen solle und welche Methoden angewendet werden sollten. Er habe den Polizeipräsidenten so verstanden, dass es keine rechtsfreien Räume geben solle. Hier könne ein Dialog mit allen Beteiligten leisten zu klären, was an welcher Stelle angebracht ist.

Die Arbeitsgruppe solle Themen sammeln, die anzugehen sind und sich einmal im Vierteljahr treffen. Im Moment könne die Gruppe diese Bereitschaft alleine nicht initiieren und möchte mit diesem Antrag das Gremium der StadtAG LST und die Unterstützung von Herrn Dr. Rau dazu nutzen.

RM Herr Breite unterstützt die Aussage von Herrn Schuhmacher, dass dazu die Hilfe von Herrn Dr. Rau benötigt werde. Es seien Türen zu öffnen, die in der Vergangenheit zugeschlagen wurden. Er erläutere, dass bei der Mitgliederversammlung des Bundes deutscher Kriminalbeamter von NRW von einem für die Silvesterereignisse zuständigen Beamten Zahlen vorgestellt worden seien. Dabei seien auch „Hotspots“ genannt worden - bezogen auf die Prob-

ematik aus den Maghreb-Staaten. Dort sei neben den Ringen auch explizit die Schaafenstraße benannt worden.

RM Herr Breite fragt, warum das Überfalltelefon des LSVD im Antrag als Teil der Arbeitsgruppe mit aufgelistet sei

Herr Saurenbach weist Herrn Breite darauf hin, dass - auch wenn er die Sitzung im Juni nicht vorausnehmen wolle - hinter ihm, als Zuschauer, die beiden Beamten sitzen würden, die vor Jahren für das Thema zuständig gewesen seien.

Herr Schuhmacher reagiert auf die Frage zum Überfalltelefon des LSVD. Es gebe immer unterschiedliche Strukturen und damit auch unterschiedliche Zugangswege ein Thema anzupacken. Das Überfalltelefon des LSVD sei ein diskretes Beratungsangebot, das wahrgenommen werde, auch wenn es dabei nicht immer zur Anzeige bei der Polizei komme. Trotzdem sei es wichtig, das Wissen und die Erfahrungen dieser Struktur und dieser Menschen, die sich dort um andere Menschen mit Schutzbedarf kümmern, mit in die Runde aufzunehmen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass es ihn freue, dass die Mitglieder der StadtAG so viel Hoffnung in ihn setzen. Er werde für die nächste Sitzung im Juni eine Einladung an alle benannten Personen richten. Er hoffe, dass im Juni in der StadtAG zum erweiterten Thema „Homophobie und Transphobie und Gewalt“ ein fachlicher Austausch stattfinden werde - vielleicht auch über die Polizei hinaus. Vielleicht käme auch von wissenschaftlicher Seite noch jemand in Frage. Von diesem Austausch ausgehend solle dann überlegt werden, wie ein dauerhafter Dialog zu diesem Thema aussehen könne. Er habe allerdings etwas Schwierigkeiten, wenn heute mit dem Antrag beschlossen werden würde, dass „ein Dialog stattfindet“. Der Polizei könne der Dialog ja nicht aufgezwungen werden. Die StadtAG LST könne die Verwaltung höchstens beauftragen, die Polizei anzufragen diesen Dialog aufzunehmen. Somit schlage er vor, dass die StadtAG ihn bzw. die Verwaltung mit dem Türöffnen beauftragt. Die Verwaltung versuche für die nächste Sitzung einen fachlichen Input zu dem Thema zu organisieren, damit dann anschließend eine Fachdiskussion entstehen könne. Von dort ausgehend möge dann ausgelotet werden, wie ein dauerhafter Dialog aussehen könne.

Frau Brauckmann bittet darum, dass zusätzlich im Antrag noch eine weitere Formulierung geändert werden möge: „homophobe Gewalt“ möge an den entsprechenden zwei Stellen gegen die Formulierung „homophobe und transphobe Gewalt“ ausgetauscht werden. Außerdem halte sie es - ähnlich wie Herr Breite - für sehr wichtig dass die Diskussion nach all den Jahren proaktiv wieder in der StadtAG aufgegriffen werde. Inzwischen befinde man sich in einem anderen politischen Umfeld. Soweit sie wisse, werde daran gearbeitet, dass insgesamt mehr zu dem Thema dokumentiert wird. Es gebe auch die Möglichkeit die Expertise der Kolleginnen und Kollegen aus der Anti-Gewalt-Arbeit hinzuzuziehen. Zusätzlich gebe es die Möglichkeit das Thema mit Öffentlichkeitsarbeit zu flankieren. Sie denke da z.B. an die Kampagne „die Würde der Frau ist unantastbar“, die auf Werbescreens zu sehen war. Vielleicht wäre ja eine ähnliche Anti-Gewalt-Kampagne für den Bereich LSBTI realisierbar.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, wie die Mitglieder über beide Veränderungsvorschläge abstimmen möchten.

Herr Schuhmacher schlägt vor, dass man im Antrag das Wort „beschließen“ durch „anstreben“ ersetzen könne.

Beigeordneter Herr Dr. Rau bittet zur Abstimmung über den Antrag mit folgenden beiden Änderungsvorschlägen: Im ersten Satz möge „beschließen“ geändert werden in „streben an“. An zwei weiteren Stellen möge die Formulierung „homophobe Gewalt“ durch „homophobe und transphobe Gewalt“ ersetzt werden.

Beschluss:

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST streben an, in einen regelmäßigen Dialog mit Polizei, Ordnungsbehörden und weiteren Verantwortlichen einzutreten, um insbesondere zu erreichen, dass für Lesben, Schwule und Trans*-Personen im Falle von homophober und transphober Gewalt, Diskriminierung oder gezielter Kriminalität gegen Einzelne oder Gruppen und Szenestandorten der unterschiedlichen Communities, geeignete, geschulte und veröffentlichte Ansprechpartner_innen der Polizei und anderer zuständiger Ordnungsbehörden benannt sind.

Für den Dialog sind überdies die folgenden weiteren Themen bereits benannt worden:

- Ansprechpartner/innen der Polizei in Bezug auf Opferschutz in Köln
- Fortbildungen zu Themen der Lebenswelten von Lesben, Schwulen und Trans*Menschen für Polizist/innen
- Gewalt- und Kriminalitäts-Präventionskonzepte für Köln
- Umgang mit Lesben, Schwulen und Trans*Menschen in Haft

Der Dialog soll ebenso genutzt werden, um zu diskutieren und zu vereinbaren, welche Daten zur Prävention vor homophober und transphober Gewalt und Kriminalität hilfreich sind und in welcher Form diese durch wen erhoben und genutzt werden können. Idealerweise soll erreicht werden, dass Polizei und Ordnungsbehörden, Beratungsstellen und Strukturen der LSBTI-Communities in Köln mit gemeinsamen Botschaften und Informationen auftreten und handeln.

Aus Sicht der Mitglieder der Stadt AG LST sollen dazu die folgenden Personen und Organisationen zur Sitzung der Stadt AG am 08.06.2017 eingeladen und für die Teilnahme an den regelmäßigen Treffen gewonnen werden, sofern die Themen, die für ein künftiges Treffen festgelegt werden, für diese von Belang sind:

- Der Kölner Polizeipräsident als Vertreter der Kölner Polizei
- Velspol NRW e.V.
- Vertreter/innen des Innenministeriums und LKA (wegen Zuständigkeit für den Staatsschutz)
- Vertreter/innen der Stadtverwaltung, sofern diese für diese Themen zuständig und/oder damit befasst sind
- Vertreter/innen der Stadt AG LST
- Teilnehmer/innen der AG Gewaltprävention des Rubicon, sofern sie nicht bereits als stimmberechtigte Mitglieder vertreten sind
- Überfalltelefon des LSVD
- Vertreter/innen der Szene-Gastronomie Schaafenstraße, sofern diese nicht bereits als stimmberechtigte Mitglieder vertreten sind

Die regelmäßigen Treffen sollten zunächst im Abstand von drei Monaten stattfinden, die Ergebnisse protokolliert und in den Treffen der Stadt AG berichtet werden. Das erste Treffen sollte nach der Sommerpause 2017 stattfinden.

Michael Schuhmacher, Geschäftsführer, schuhmacher@aidshilfe-koeln.de
(in Vertretung für die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST)

Hinweis: im Vergleich zum ursprünglichen Antrag wurden folgende beiden Änderungen vorgenommen:

- Im ersten Satz wurde „beschließen“ geändert in „streben an“.
- An zwei Stellen wurde die Formulierung „homophobe Gewalt“ durch „homophobe und transphobe Gewalt“ ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Diversity

Herr Spröde bietet an, dass er das Konzept von "DiverseCity" in einer der nächsten Sitzungen der StadtAG vorstellen könne. "DiverseCity" gebe es mittlerweile in einigen größeren Städten von NRW - aber eben noch nicht in Köln. Dortmund sei ein gutes Beispiel für die Umsetzung, Essen sei jetzt auch mit dabei und Düsseldorf würde folgen. Und wenn Interesse bestehe, würde er gerne erläutern, warum das Konzept für Köln als Stadtkommune auch gut wäre. Es gehe dabei nicht nur um LSBTI-Themen, sondern um das breite Spektrum von Diversity.

Frau Rehberg erklärt, dass ihr das „DiverseCity“-Konzept natürlich bekannt sei und sie mit Herrn Spröde bereits darüber gesprochen habe. Ebenso sei ihr die Kollegin aus Dortmund, die die "DiverseCity"-Tagung dort seit 5 Jahren zum Diversity Tag mitorganisiere, auch gut bekannt. Düsseldorf habe seit 2016 eine Diversity-Beauftragte im OB-Büro, angesiedelt bei der Gleichstellungsbeauftragten. Köln habe eine andere Struktur und einen anderen Umsetzungsweg. Bei dem „DiverseCity“-Konzept handele sich um ein interessantes Format und sie fände es spannend, wenn Herr Spröde dazu in der StadtAG etwas vortragen würde.

Herr Spröde ergänzt, dass es im Mai eine große "DiverseCity"-Veranstaltung mit Axa in Köln gebe, was zeige, dass sich auch Großunternehmen sehr für dieses Thema interessieren würden. Zusätzlich merkt er an, dass es offensichtlich wichtig sei, wo das Thema Diversity in den Kommunen angesiedelt sei. Er stelle fest, dass Oberbürgermeister in vielen Städten das Thema Diversity gerade zu sich holen.

Frau Rehberg weist noch darauf hin, dass Köln 2007 als erste Kommune die "Charta der Vielfalt" unterschrieben habe. Am 23. März um 17 Uhr werde es anlässlich des Jubiläums "10 Jahre Charta der Vielfalt" einen Empfang der Oberbürgermeisterin im Rathaus geben. Dies vorab als Info, eine Einladung werde noch folgen. Dies zeige aber auch, dass es nicht so sei, dass die Oberbürgermeisterin das Thema Diversity nicht präsent habe.

8 Sichtbarkeit von Lesben in Köln

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

9 Einladung von Partnerstädten zum CSD

9.1 Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe "Austausch zum CSD 2017"

Frau Bonnemann erläutert, dass sich die Arbeitsgruppe der StadtAG zum CSD-Austausch bereits Mitte Januar zum dritten Mal getroffen habe. Zusätzlich gebe es noch den Arbeitskreis "Lesbische Sichtbarkeit in Köln", der in der letzten Sitzung den Antrag gestellt habe, dass zum CSD 2017 - zum Zeichen der lesbischen Sichtbarkeit - vornehmlich lesbische Aktivistinnen aus den vier ausgewählten Partnerstädten eingeladen werden sollen. Die Recherche laufe. Zurzeit gebe es zwei Interessentinnen aus Thessaloniki und eine aus Kattowitz. Nach Cluj, der rumänischen Partnerstadt, bestünden auch schon Kontakte. Aus Wolgograd gebe es bisher noch keine Rückmeldung. Bis Mitte Februar werde noch weiter nach lesbischen Aktivistinnen recherchiert. Danach werde die Recherche auch auf männliche LGBT-Aktivistinnen ausgeweitet, da laut Antrag nicht "ausschließlich" sondern nur "hauptsächlich" lesbische Aktivistinnen eingeladen werden sollen. Die Arbeitsgruppe treffe sich Anfang März wieder, um das weitere Programm für den 4-tägigen Austausch zu planen. Zum Programm: Donnerstag sei die Anreise und ein Abendessen geplant, Freitagvormittag dann eine halbtägige Tagung zum Thema "Strategien im Umgang mit Hass und Gewalt". Nachmittags sei dann voraussichtlich der Empfang der Oberbürgermeisterin zum CSD im Rathaus. Samstagvormittag solle es eine Art Stadtführung geben, nachmittags dann im Gürzenich die Kompassnadel-Verleihung, der Lesbenempfang im Rathaus und anschließend der Dyke March. Sonntag gebe es dann die Parade und für Montagvormittag sei die Abreise geplant. Zum Budget: vom Büro für internati-

onale Angelegenheiten gebe es ein Budget für 7.500 Euro, dies sei schon beim letzten Mal so besprochen worden. Dies solle reichen für das Programm, die Hotelunterkünfte und die Flüge.

Frau Brauckmann erklärt, dass sie eine Veränderung der Besetzung der Arbeitsgruppe der StadtAG zum CSD-Austausch beantragen möchte. Da sie ohnehin schon sehr aktiv im Arbeitskreis "Lesbische Sichtbarkeit" sei, der ja ebenfalls in die Planung des Austauschs involviert sei, würde es Sinn machen, wenn sie an Stelle von Frau Dr. Blatz zukünftig als Mitglied in der Arbeitsgruppe der StadtAG mitwirken würde. Frau Dr. Blatz würde dann ihre Vertreterin sein.

Beigeordneter Herr Dr. Rau lässt über diesen Vorschlag abstimmen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es weitere Anmerkungen oder Fragen gibt.

Herr Schuhmacher erklärt, dass er allgemein zum Kölner CSD 2017 und zur Situation des KLuST e.V. etwas sagen möchte. Man habe sich bei der Vorbereitung zur StadtAG Sitzung bewusst dafür entschieden, zu dem Thema keinen eigenen Tagesordnungspunkt zu beantragen. Trotzdem möchte er in Kürze berichten, dass bei der letzten Mitgliederversammlung des KLuST e.V. entschieden wurde, dass ein Lenkungsteam eingesetzt werden solle, damit der CSD, damit der Cologne Pride stattfinden könne. Im Moment würden noch Gespräche geführt. Auch finanziell sei die Lage nicht ganz einfach. Aber bisher scheine es so, dass alle Beteiligten, auch der KLuST-Vorstand, Willens seien, eine Lösung zu finden, damit der CSD dieses Jahr stattfinden könne – wenn auch vielleicht im kleineren Rahmen. Die Situation sei teilweise schwierig, aber es gebe auch viel Unterstützung. So wolle er mit seiner Aussage ein wenig Hoffnung versprühen, Und wenn hier in der Sitzung über einzelne Module des CSD, wie den geplanten Austausch, geredet werde, könne man dieses Thema nicht unerwähnt lassen.

10 Trans*

10.1 Schwimmzeiten für Trans*

Beigeordneter Herr Dr. Rau verkündet, dass Frau Sängler den Sachverhalt erläutern und einen mündlichen Antrag zu dem Thema stellen möchte.

Frau Sängler berichtet, dass bereits 2008 das Thema Schwimmzeiten für Trans* auf der Tagesordnung der StadtAG gestanden habe, damals aber mit einem anderen Schwerpunkt. Das Thema sei jetzt wieder aufgegriffen worden, weil erreicht werden solle, dass mehr Trans*Personen in Köln die Schwimmbäder nutzen. Dies höre sich banal an. In der Vergangenheit habe es Schwierigkeiten bei der Kleiderordnung und bei der Benutzung der Umkleiden gegeben. Hinzu kämen Unsicherheiten von Seiten der Betreiber und natürlich auch der Besucher im Umgang mit Trans*Personen. Dies habe zur Folge dass es viele Trans* gebe, die schon seit vielen Jahren nicht mehr im Schwimmbad gewesen seien, um mögliche Konfrontationen zu meiden. Ziel sei es jetzt, dies zu ändern. Man strebe eine ähnliche Lösung wie in Berlin an, wo es in einzelnen Bädern geschützte Schwimmzeiten gebe, wo Trans*Personen in einem geschützten Rahmen schwimmen gehen können. Dazu habe man einen Antrag formuliert.

RM Herr Breite erklärt, dass er damals 2008 auch in der StadtAG dabei gewesen sei, für den SC Janus. Damals sei vom SC Janus für Trans*Menschen ein Freitagstermin zum Schwimmen angeboten worden. Man solle eruieren, ob es diesen Termin noch gebe. Sonst müsse man mit dem Sportamt sprechen. Es sei aber wesentlich einfacher und unbürokratischer dies über den SC Janus als Verein laufen zu lassen, der ja auch Trans*Menschen einbeziehe. Mit dem SC Janus habe man ja bereits einen Verein über den dies laufen könne. Diesen unbürokratischen Weg würde er jetzt eher als Lösung anstreben, als in der StadtAG dazu einen Antrag zu stellen.

Frau Bonnemann erläutert, dass es in dem Antrag von Frau Sänger erstmal nur darum gehe eine Arbeitsgruppe zu gründen, um mit allen möglichen Beteiligten in einen Dialog zu kommen, wie beispielsweise dem SC Janus, dem Sportamt oder der KölnBäder GmbH. Momentan sei die Lage aber so, dass der SC Janus keine freien Kapazitäten habe. Um dies zu klären, sei sie im Vorfeld der heutigen Sitzung bereits mit den beiden Vertretern des SC Janus in der StadtAG, die heute leider beide entschuldigt fehlen, in Kontakt getreten. Da die nächste Sitzung der StadtAG ja erst wieder Anfang Juni stattfindet, sei die Idee gewesen, sich bis dahin mindestens einmal in kleineren Kreisen zusammenzusetzen, um die Sachlage zu klären und zu prüfen, was möglich sei.

Bürgermeister Herr Wolter schlägt vor, dass von der Fachstelle erstmal zu einem Termin eingeladen wird, bei dem die Betroffenen an einen Tisch kommen - bevor eine offizielle Arbeitsgruppe eingerichtet werde.

Frau Rehberg erklärt, dass die Fachstelle einen Termin koordinieren kann. Dazu würde Frau Sänger eingeladen und natürlich der SC Janus und eventuell auch das Sportamt - aber eher in einem informellen Rahmen, um herauszufinden, wie sich gemeinsam ein guter Weg finden ließe. Herr Breite habe natürlich Recht, dass man dabei sicherstellen müsse, nicht in Konkurrenz mit anderen Gruppen zu gehen.

Frau Sänger formuliert ihren Antrag mündlich wie folgt:

„Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST beschließen die Gründung einer Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten geschützter Schwimmzeiten für Transpersonen ermittelt. Die Arbeitsgruppe soll den Dialog ermöglichen zwischen Kölner Trans*-Gruppen, Verantwortlichen der Kölner Bäder, der Fachstelle LST der Stadt Köln, dem Sportamt der Stadt Köln und weiteren Organisationen, wie z.B. dem SC Janus. Die Arbeitsgruppe gründet sich mit Beschluss und trifft sich mindestens einmal bis zur nächsten Sitzung der Stadt AG am 08.06.2017. Zu dieser Sitzung sollen das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und ggf. Gäste eingeladen werden.“

Beigeordneter Herr Dr. Rau lässt über diesen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die stimmberechtigten Mitglieder der Stadt AG LST beschließen die Gründung einer Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten geschützter Schwimmzeiten für Transpersonen ermittelt. Die Arbeitsgruppe soll den Dialog ermöglichen zwischen Kölner Trans*-Gruppen, Verantwortlichen der Kölner Bäder, der Fachstelle LST der Stadt Köln, dem Sportamt der Stadt Köln und weiteren Organisationen, wie z.B. dem SC Janus.

Die Arbeitsgruppe gründet sich mit Beschluss und trifft sich mindestens einmal bis zur nächsten Sitzung der Stadt AG am 08.06.2017. Zu dieser Sitzung sollen das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und ggf. Gäste eingeladen werden.

Sophie Sänger, von TX Köln

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

11 Berichte aus Ausschüssen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

13 Anfragen/Anträge

RM Herr Breite verkündet, dass er eine mündliche Anfrage an die Stadtverwaltung habe. Er berichtet, dass er beim Durchschauen der alten Protokolle gesehen habe, dass es einen Verein Lesbennetz und ein Lesbenfrühlingstreffen gegeben habe. Er würde gerne wissen, was aus dem Verein Lesbennetz e.V., der damals Gelder erhalten haben sollte, und dem Lesbenfrühlingstreffen geworden sei.

Frau Brauckmann erklärt, dass der Arbeitskreis "Lesbische Sichtbarkeit" nichts mit dem Lesbenfrühlingstreffen zu tun habe. Das Lesbenfrühlingstreffen gebe es einmal im Jahr bundesweit und 2009 habe es in Köln stattgefunden. Sie erinnere sich, dass es damals in der StadtAG eine breite Diskussion über eine mögliche städtische Mitfinanzierung gegeben habe. Es sei dagegen entschieden worden - der CSD werde ja auch nicht von der Stadt finanziert.

Beigeordneter Herr Dr. Rau schlägt vor, dass die Verwaltung die Anfrage entgegen nimmt, recherchieren und in der StadtAG regulär antworten wird.

14 Öffentlichkeitsarbeit

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

15 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Beigeordneter Herr Dr. Rau erläutert, dass bei der nächsten Sitzung - wie vorhin besprochen - der Dialog zur Gewalt als Schwerpunktthema vorbereitet werden sollte.

Herr Spröde erinnert nochmal an das Thema "DiverseCity" - vielleicht könne dies ja Ende des Jahres auf die Tagesordnung genommen werden.

16 Verschiedenes

Herr Saurenbach erinnert daran, dass die Oberbürgermeisterin in ihrer Wahlrede gesagt habe, dass die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender dem Oberbürgermeisteramt unterstellt werden sollte. Jetzt entnehme man der Presse, dass dies im Zuge der Verwaltungsreform passieren sollte. Deshalb stelle er die Frage: Wann werde Frau Reker ihr Wahlversprechen einlösen?

Beigeordneter Herr Dr. Rau erklärt, dass der Prozess der Verwaltungsreform, gerade erst so richtig an Fahrt aufgenommen habe. Er könne nicht sagen, wie schnell in diese Richtung entschieden werde. Er hoffe aber darauf, dass Herr Saurenbach und die anderen Mitglieder der StadtAG die Geduld aufbringen, diesem Prozess den nötigen Raum zu lassen. Dieser Prozess habe viele Fragen zu beantworten. Er könne sich aber vorstellen, dass wenn die Ober-

bürgermeisterin es hoch genug priorisiere, es schnell eine andere Lösung gehen könne. Er würde aber dafür plädieren, dass eine Entscheidung im Gesamtprozess aufgehoben sei, und dieser habe gerade erst begonnen und könne bis ins nächste Jahr hineinreichen. Derzeit sehe er keine Störimpulse, sondern die StadtAG gut in Fahrt. Er sehe keine Not, die die Oberbürgermeisterin zu einer sofortigen Maßnahme zwingen sollte. Und es sei ja auch Auftrag der Stadtverwaltung und der Mitglieder der StadtAG genau hierrüber zu wachen. Er glaube, dass auch der Stadtdirektor aktuell noch keine andere Festlegung dazu machen könne.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es weitere Anfragen gibt.

Frau Wolf entschuldigt ihr Zuspätkommen und fragt, ob sie als Gast zu TOP 5 noch eine kurze Anmerkung machen dürfe. Die ehrenamtliche Gruppe Rainbow Refugees sei weiterhin in gutem Kontakt mit der Stadtverwaltung zum Thema sicherer Wohnraum für LSBTI-Geflüchtete. Es werde zeitnah einen weiteren Termin geben.

Beigeordneter Herr Dr. Rau fragt, ob es weitere Anfragen gibt.

Es gibt keine weiteren Anfragen.

Beigeordneter Herr Dr. Rau beendet die Sitzung und wünscht allen einen schönen Abend.

gez. Dr Harald Rau
(Beigeordneter)

gez. Susanne Bonnemann
(Schriftführerin)